

ver.di
Landesbezirk Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen
Karl-Liebknecht-Str. 30-32
04107 Leipzig

Leipzig, 8.8.2013

Sehr geehrte Frau Mende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für ihre Fragen bzgl. einer bundesweiten gesetzlichen Personalbemessung. Als ver.di Mitglied und Direktkandidat unterstütze ich das Anliegen in vollem Umfang. Im Folgenden detailliert zur Frage und zur Positionierung.

Bundesweite Gesetzliche Personalbemessung

Wie stehen Sie zur Forderung einer bundesweiten gesetzlichen Personalbemessung für alle Beschäftigten im Krankenhaus?

DIE LINKE war die einzige Fraktion, die in dieser Angelegenheit aktiv war. Wir haben in diesem Jahr einen Antrag (BT-Drs. 17/12095) zur Mindestpersonalbemessung in der Krankenhauspflege gestellt, zu diesem eine Anhörung des Gesundheitsausschusses durchgeführt und ein Hearing mit Personal- und Betriebsräten aus Kliniken veranstaltet.

Internationale Studien zeigen den Zusammenhang von der Anzahl des Pflegepersonals und der Qualität der Versorgung. Hier zeigen sich große Unterschiede; auch bei der stationären und poststationären Mortalität wird hier in der Literatur ein Zusammenhang hergestellt. Und last but not least geht es der LINKEN um gute Arbeitsplätze der Pflegekräfte.

DIE LINKE fordert gute Arbeit, gute Löhne und gute Ausbildung in allen Berufsfeldern und natürlich auch im Gesundheitswesen. Personalmangel, schlechte Bezahlung und eine zu geringe Qualifikation drücken unmittelbar die Qualität. Mehr qualifizierte Fachkräfte sowie bessere Arbeitsbedingungen, höherer gesellschaftlicher Stellenwert und höhere Löhne sind dringend erforderlich. Eine verbindliche, bundesweit einheitliche Personalbemessung ist wichtig, um den Personalmangel zu beseitigen. Nur wenn es Mindeststandards gibt, die kein Krankenhaus unterschreiten darf, findet der von den anderen Parteien gewollte Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen und der Patientinnen und Patienten statt.

Um die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, sind die Arbeitsgestaltung, das Maß an Selbstbestimmung, der Abbau von Belastungen, soziale Absicherung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf zu verbessern. Im Gesundheitswesen sind traditionell

viele Frauen beschäftigt. Dies spiegelt sich in der Vergütung wider. Besonders nichtärztliche Heilberufe und Pflegekräfte verdienen im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen zu wenig. Eine angemessene Bezahlung und deutlich höhere Löhne sind aus Sicht der LINKEN unerlässlich.

Grundsätzlich sehen wir den Wettbewerb nicht als geeignetes Mittel, um eine effiziente und umfassende Versorgung zu gewährleisten und erst recht ist er kein Mittel, um gute Arbeitsplätze an den Krankenhäusern bereitzustellen. DIE LINKE sieht die DRGs als Finanzierungsinstrument kritisch, weil die erwarteten positiven Effekte ausgeblieben sind, aber einige der befürchteten negativen Effekte, die Sie im Brief beschreiben, eingetreten sind. DIE LINKE fordert, die Finanzierung des Gesundheitssystems so zu gestalten, dass die Versorgung am medizinischen Bedarf der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Das Fallpauschalen-System, das vorzeitige Entlassungen und die Nichtaufnahme wirtschaftlich uninteressanter Fälle fördert, ist unvereinbar mit Sinn und Zweck von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Es wird unsere Aufgabe in der nächsten Wahlperiode sein, Alternativen zu den DRGs zu entwickeln.

DIE LINKE fordert eine öffentlich organisierte, angemessen finanzierte und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung. Die Länder müssen eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur sichern und für Neuanschaffungen, An- und Umbauten sowie Modernisierungen die erforderlichen Mittel bereitstellen. Die Krankenkassen haben den Betrieb angemessen zu sichern. Die mangelhafte Finanzierung liegt nicht an dem Willen der Länder, sondern an deren fehlenden Mitteln, die sie zum Sparen zwingen. DIE LINKE will dieses Problem mit ihrer Steuerpolitik zugunsten der Länder und Kommunen lösen. Von der Qualität der Planung und ihrer intelligenten Verzahnung mit dem ambulanten Bereich hängen maßgeblich Strukturen und damit auch Finanzbedarfe ab. Von den Krankenhäusern muss der Druck genommen werden, Aufgaben auszuliefern und prekäre Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Beste Grüße,

Mike Nagler

Direktkandidat für DIE LINKE in Leipzig II (Süd)

www.mike-nagler.de